

## **Kulturförderung in Zeiten der Krise – Wege zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur**

### **Kulturnation Deutschland: Heute leider keine Vorstellung**

Quantitativ gibt es in Deutschland (noch) ein unvergleichlich breites Kulturangebot, qualitativ werden die Kulturinstitutionen immer weiter beschädigt und ausgehöhlt. Dies sind die bestimmenden Kulturnachrichten in den Jahren angespannter Kommunal- und Landesfinanzen. Uns geht es darum, dieses Angebot zu erhalten und den Institutionen ebenso wie der sogenannten freien Szene neue Perspektiven zur Weiterentwicklung zu eröffnen.

Deutschland hat eine einzigartige Kultur-Infrastruktur, die in ihrer Vielfalt bedroht ist und zum Teil sogar schon abgewickelt wurde. In vielen deutschen Städten gab es in den vergangenen Jahren erhebliche Proteste gegen teilweise eklatante Kürzungsvorhaben bei der öffentlichen Kulturförderung. In Essen, Stuttgart, Osnabrück, Leipzig, Köln und Hamburg sind Kulturinstitutionen von Schließungen bedroht. Die Theaterburg Roslau in Sachsen-Anhalt wurde bereits geschlossen. Dem Wuppertaler Theater droht 2013 erneut die Schließung aufgrund der schlechten Haushaltslage. Dem Landestheater Eisenach droht weiterhin zum 31. Juli 2013 das Aus. Grund: Die Stadt Eisenach kann ihren jährlichen Finanzierungsanteil von zwei Millionen Euro nicht aufbringen. Andere, wie das „Theater der Keller“ in Köln, die Nordwestdeutsche Philharmonie Herford oder das Atelierhaus Prenzlauer Promenade in Berlin sind ebenfalls akut von Schließungen bedroht. Durch Zwangsfusionen wie zwischen dem Gerhart-Hauptmann-Theater in Zittau und dem Musiktheater Oberlausitz-Niederschlesien Görlitz veröden ganze Landstriche kulturell. Seit Jahren hatten hier die Schauspielerinnen und Schauspieler auf 25% ihres Lohns verzichtet, um für den Erhalt ihrer Bühne zu kämpfen - vergeblich!

In Schwerin ist das Staatstheater unmittelbar von der Insolvenz bedroht. Die Koalitionäre CDU und SPD in Mecklenburg-Vorpommern streiten sich über eine bezahlbare Theater- und Orchesterstruktur für das Flächenland. Sogar eine Münchner Unternehmensberatung wurde beauftragt, Einsparungskonzepte vorzulegen. Nun wird gefeilscht, wie und wo fusioniert und geschlossen werden soll. Es zeichnet sich ab, dass das Theater in Greifswald als „Wandertheater“ fungieren muss und dann beispielsweise das 100 km entfernte Neubrandenburg bespielen müsste. Die Folge: ein Theater ohne Heimat und eine Heimat ohne Theater. Wandertheater können nur den Effekt der Unterhaltung für einen Abend erfüllen, Identifikation mit einem „eigenen“ Theater und dem Ensemble vor Ort können sie nicht ersetzen. Der Deutsche Bühnenverein merkte bereits 2010 im Rahmen eines Expertengesprächs des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestag an, dass in den vergangenen Jahren bei Theatern und Opern etwa 7000 von 45.000 Arbeitsplätzen abgebaut und gleichzeitig niedrigere Hausrarife eingeführt wurden. Die Kulturpolitische Gesellschaft stellt fest, dass die Konsolidierungsanstrengungen der Theater in den letzten Jahren zu Lasten des Personals gingen und dass gleichzeitig an immer mehr Spielorten immer mehr Produktionen zu immer schlechteren Abstellungsbedingungen realisiert werden mussten.

Nicht nur traditionelle Theater- und Opernhäuser sind von Schließung bedroht. Besonders hart von kommunalen Sparzwängen betroffen sind auch Soziokulturzentren und Kinder- und Jugendtheater: Nur durch vehementen Widerstand der Bevölkerung konnte z.B. das beliebte Kulturzentrum „Z-Bau“ in Nürnberg vor einer Schließung bewahrt werden. In Flensburg sollten die soziokulturellen Zentren

„Volksbad“ und „Kühlhaus“ den Sparzwängen zum Opfer fallen. Dabei ging es nicht um große Summen: Es fehlten 50.000 Euro städtische Zuschüsse pro Einrichtung. Eine Petition verhinderte vorerst Schlimmeres. Das traditionsreiche Freizeit- und Bildungszentrum Bürgerpark (FreiBiZe), in Braunschweig 1971 als städtisches soziokulturelles Zentrum eröffnet, musste 2002 aufgrund Geldmangels schließen. In den nachfolgenden Jahren fehlte das Geld für eine Wiedereröffnung. 2009 wurde das Gebäude abgerissen.

### **Länder und Kommunen unter Druck**

Kultur wird bundesweit mit insgesamt rund 10 Mrd. pro Jahr gefördert, der Bund ist daran mit rund 1 Mrd. pro Jahr beteiligt. Den größten Anteil tragen somit die Länder und Kommunen. Durch eine verfehlte schwarz-gelbe Finanz- und Steuerpolitik und eine daraus resultierende unzureichende Gemeinde-finanzierung können viele Länder und Kommunen ihrem Auftrag zur Kulturförderung nicht in vollem Umfang nach kommen. In unseren Kommunen kollidiert in der Wirtschafts- und Finanzkrise das Recht auf Selbstverwaltung, woraus sich auch gleichzeitig eine Pflicht zu kulturellen Daseinsvorsorge ergibt, u.a. mit den schwindenden Einnahmen aus der stark konjunkturabhängigen Gewerbesteuer und steigenden sozialen Pflichtaufgaben. Die Mär vom Ende der Krise, die teilweise durch die Medien geht, ist verfrüht. Viele kommunale Haushalte, insbesondere in den Großstädten und strukturschwachen Regionen stehen nach wie vor stark unter finanziellem Druck. Sie haben über Jahre Defizite aufgehäuft und ihre Investitionen in die gesamte Infrastruktur, darunter auch die kulturelle Infrastruktur, eingeschränkt. Da Kultur eine freiwillige Leistung der Kommunen ist, überprüfen überschuldete Kommunen auch auf Druck der Kommunalaufsicht des Landes, welche Kulturprojekte, welche Kulturhäuser und Institutionen sich die Stadt oder Gemeinde „noch leisten“ können. Die Kulturpolitische Gesellschaft hat in ihrer „Umfrage zur Situation der kommunalen Kulturfinanzierung“ festgestellt, dass die Kulturausgaben nominal von 1992 bis 2010 nur um etwa 5 % gestiegen sind. Real sind sie damit aufgrund der in diesem Zeitraum zu finanzierenden Tarifsteigerungen und allgemeinen Preissteigerungen deutlich gesunken. Langjährige, vertragliche Bindungen durch Mieten sowie Personal-kosten machen die Kommunen zudem wenig flexibel. Vielerorts heißt es dann Bücherbus *oder* Stadttheater, Musikschule *oder* Stadtteilbibliothek.

So werden an vielen Orten in unserem Land Bibliotheken, Theater und Museen zwischen Schuldenbremse und Verbindlichkeiten gegeneinander ausgespielt und finanziell ausgetrocknet. Ein Herunterfahren des Angebotes oder eine zwischenzeitliche Schließung der Institutionen ist keine Lösung. Die Erfahrung zeigt: Wenn ein Theater erst einmal geschlossen ist, wenn sich eine Künstlertruppe erst einmal aufgelöst hat, gibt es in der Regel kein Zurück mehr. Einige wenige schlechte Jahre haben damit einen radikalen Kahlschlag in der kulturellen Szene zur Folge.

### **Wert der Kultur?!**

Bundesweit - in Ballungsräumen, aber gerade auch auf dem Land - entstehen Landschaften ohne Kultur, ohne kulturelle Institutionen, ohne Projekte. Wenn Orte ohne Kultur sind, fördert dies demografischen Wandel und die Entleerung ganzer Landstriche. Die Schließung eines Theaters, eines kulturellen Zentrums und fehlende kulturelle Events beeinträchtigen die Lebensqualität vieler Menschen und beschädigen die Attraktivität der Städte und Kommunen, sei es als Wirtschaftsstandort oder als Tourismusziel. Ohne „kulturelle Grundversorgung“ verlieren weite Teile unseres Landes den Anschluss, ihre sozialen Strukturen und ihre Identifikationsmerkmale.

Kulturlose Landschaften machen einsam. Sie sind der Beweis einer öffentlichen Armut, die sich heute auch schon in kaputten Straßen und maroden Brücken offenbart. Mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der wir Straßen geflickt und Brücken erneuert sehen wollen, müssen wir auch dem Kaputtsparen und dem Verfall unserer kulturellen Infrastrukturentgegenwirken. Öffentliche Kultureinrichtungen müssen als Gemeinschaftsgut nicht nur erhalten, sondern gezielt weiter entwickelt werden. Sie dienen, ebenso wie Kultureinrichtungen unter privater Trägerschaft, nicht nur der Bewahrung des kulturellen Erbes. Kultur, der zugrundeliegende Wertekonsens unserer Gesellschaft, muss als das behandelt werden, was er ist – eine unverzichtbare Ressource, eine Notwendigkeit. Kulturelle Vielfalt und kulturelle Bildung halten unsere Gesellschaft zusammen. Sie überwinden ethnische und soziale Spaltungen, fördern Engagement und Kreativität. Kultur „leistet“ einen Beitrag für unsere Gesellschaft, der sich nicht messen lässt, dem kein Preis anhaftet und den man nicht aufrechnen kann. Es ist das große Dilemma der Kultur: Im Gegensatz zum „bestehenden Wert“ eines Gebäudes produziert die Kultur keine unmittelbar „systemrelevant“ messbaren Werte. Eine Kulturinstitution kann ihre Wirtschaftlichkeit nicht ohne weiteres nachweisen und ist trotzdem in der Bedeutung für die Infrastruktur einer Stadt unverzichtbar. Denn wo attraktive kulturelle Angebote sind, lassen sich auch wirtschaftliche Unternehmen und Bildungseinrichtungen nieder, die Gesellschaft entwickelt sich weiter. Kulturinstitutionen sind folglich auch ein Wirtschaftsfaktor.

Außerdem ist Kultur oft auch ein international wirksamer Besucher-Magnet. Von dem reichhaltigen kulturellen Erbe Deutschlands profitieren auch wirtschaftlich schwächere Regionen. Deshalb ist es weder berechtigt noch zielführend, wenn der „Nutzen“ einer kulturellen Einrichtung kurzfristig berechnet und als unwirtschaftlich verworfen wird.

Kulturelle Bildung wird insbesondere an weiterbildenden Schulen in beinahe allen Bundesländern zugunsten der Naturwissenschaften kontinuierlich gekürzt. Künstlerische Fähigkeiten werden im Vergleich zu anderen Schulfächern nicht adäquat als Leistung anerkannt. Dabei werden die positiven Auswirkungen künstlerischer Aktivität von der Wissenschaft und Forschung regelmäßig als äußerst positiv beurteilt. Unser grüner Bildungsbegriff ist untrennbar mit kultureller Bildung verknüpft. Kulturelle Bildung darf nicht länger vom Geldbeutel abhängen! Jeder hier investierte Euro rechnet sich gesamtgesellschaftlich doppelt und dreifach. Wir stehen für einen pädagogisch durchdachten Ausbau der Ganztagschulen, für individuelle Förderung und Inklusion mit künstlerischen Bildungsinhalten für alle Kinder und Jugendlichen! Dazu gehört auch, dass Kooperationen zwischen Kitas, Schulen, Kulturinstitutionen sowie freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern gestärkt werden. Unter der Voraussetzung, dass professionelle Künstlerinnen und Künstler mit entsprechender pädagogischer Qualifikation gleichberechtigte und faire Bedingungen erhalten, wenn sie an öffentlichen Schulen unterrichten.

Wir brauchen ein Bekenntnis zur Förderung von Kultur, verbunden mit transparenten Förderkriterien für Kultur seitens der öffentlichen Hand, sowie eine verlässliche, nachvollziehbare und somit nachhaltige Finanzierungsstruktur. Wir setzen uns außerdem ein für eine Öffnung von Kulturinstitutionen. Es darf nicht sein, dass nur noch ein exklusiver Personenkreis regelmäßig an Kulturangeboten der Institutionen teilnimmt. Kultur ist mehr als ein Paradiesgarten für ein elitäres Publikum! Um dieser Entwicklung entgegen zu steuern, müssen Kulturinstitutionen stärker kooperieren mit Bildungseinrichtungen vor Ort und in ihren Angeboten vielfältigen kulturellen Bedürfnisse aufnehmen. Dazu gehört die Öffnung für Kinder und Jugendliche ebenso wie

beispielsweise für Menschen mit Migrationshintergrund und für Menschen mit Behinderung. Das Ungleichgewicht in der Finanzierung zwischen den Häusern der klassischen Kultur und den Institutionen der freien Szene wollen wir überwinden. Die Zukunft der Kulturlandschaft liegt in einer inklusiven Ausrichtung für alle Sparten - generationsübergreifend!

Grüne Kulturpolitik will ebenso in bestehende Strukturen quantitativ wie qualitativ investieren wie die Rahmenbedingungen zur Entstehung neuer Kunst und Kultur fördern. Dafür wollen wir die finanzielle Ausstattung auf eine sichere und vor allem stetige Basis stellen. Wir prüfen neue Einnahmequellen und Möglichkeiten, um die Länder zu unterstützen.

#### Lösungswege:

1. Wir wollen die durch die verfehlte schwarz-gelbe Politik seit Jahren erodierende Steuerbasis von Ländern und Kommunen wieder stärken, damit Länder und Kommunen ihren Aufgaben wieder besser gerecht werden können. Dazu gehört eine Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, eine Abschaffung der Abgeltungssteuer und die Streichung sinnloser Mehrwertsteuer-Subventionen wie die Mövenpicksteuer.
2. Durch eine Erbschaftssteuerreform wollen wir das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer verdoppeln, das alleine den Ländern zusteht. Das vergrößert den finanziellen Handlungsspielraum der Länder um 4,5 Mrd. € und ermöglicht ihnen neben Investitionen in Bildung und Teilhabe auch eine angemessene Förderung des Kulturbereichs. Damit tragen gerade diejenigen, die viel haben oder erben zur Verbesserung und Verstetigung der Kulturförderung bei.
3. Wir wollen mit den Ländern ins Gespräch kommen, ob nicht ein Teil dieses zusätzlichen Erbschaftssteueraufkommens in Landeskulturstiftungen oder Landeskulturfonds fließen könnte, um damit der Finanzierung kultureller Infrastruktur eine verlässliche Basis zu schaffen.
4. Wir wollen Förderkriterien des Bundes für die Begründung der „gesamtstaatlichen Bedeutung“ entwickeln, transparent und gerecht gestalten.
5. Wir fordern die Prüfung eines KfW- Sonderprogramms Kulturförderung analog zum KfW-Programm Wirtschaftsfonds Deutschland, welches von der Schließung bedrohten kommunalen Wirtschaftsunternehmen Überbrückungskredite gewährt. Damit könnten kommunale Kultureinrichtungen Krisenzeiten überbrücken und müssten nicht sofort komplett geschlossen werden. In die Entwicklung eines KfW-Programms "Kulturförderung" sollen Vertreter von Ländern, Kommunen und Bundeskulturverbänden einbezogen werden.
6. Wir wollen das Gebäudesanierungsprogramm und Programme der Städtebauförderung auf Kulturgebäude ausdehnen. Viele Kultureinrichtungen sind in ihrer Existenz bedroht, weil das Gebäude, in dem sie sich befinden, aufwändig saniert werden muss. Städte und Gemeinden könnten auf diesem Weg finanzielle Unterstützung für den Erhalt und die /energetische)

Sanierung ihrer Liegenschaften erhalten, die zum Werterhalt beiträgt ohne den Kulturhaushalt zu belasten.

7. Wir begrüßen die Initiativen einiger Länder und Kommunen, die eine City-Tax eingeführt haben oder einführen werden.
8. Auf Bundesebene fordern wir die Einrichtung eines Fonds „Neue Musik“ zur Förderung der Aufführung und Vermittlung neuer musikalischer Werke aus allen musikalischen Sparten von der zeitgenössischen Klassik, dem Jazz bis hin zu neuen musikalischen Ausdrucksformen der Jugendkulturen. Wir begrüßen die von uns geforderte Mittelerhöhung für die unter Rot-Grün gegründete Kulturstiftung des Bundes um rund 5 Mio. € und setzen uns für eine Verstetigung der Erhöhung ein.
9. Sparmaßnahmen bekommen zuallererst jene zu spüren, die Kunst schaffen und darstellen. Deshalb haben wir ein grünes Maßnahmenpaket zur branchenspezifischen Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Künstlerinnen und Künstler entwickelt. Unter anderem fordern wir die Einführung einer Ausstellungszahlung für die Bereiche Bildende Kunst und Fotografie, Verbesserungen zur Gleichstellung von Frauen im Kulturbetrieb sowie eine Reform des Bezuges von Krankengeld für unständig und kurzfristig Beschäftigte sowie Selbstständige. In unserem Fraktionsbeschluss *„Das Gesicht der Welt verändern – Grüne Kulturpolitik für die Welt von morgen“* vom 15. März 2011 sprechen wir uns zudem aus für Mindestabsicherungen und Honoraruntergrenzen für die Dienstleistung aller ausgebildeten Interpreten, Bühnendarsteller und Lehrenden ohne Festanstellung in Kunst und Kultur.
10. Das Programm zur Kinodigitalisierung unterstützt viele Kinos in der Fläche bei der Umstellung auf digitale Abspieltechnik und ist ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der kulturellen Infrastruktur. Nun muss aber auch die Digitalisierung des Filmerbes in Angriff genommen werden. Die vielen tausend nur analog vorliegenden Filme des deutschen Filmerbes dürfen von der technischen Innovation nicht abgehängt werden. Deswegen fordern wir die Bundesregierung auf, endlich ein Konzept zur Filmerbedigitalisierung vorzulegen und diese Mammutaufgabe auch praktisch in Angriff zu nehmen. Auch die Probleme der Langzeitarchivierung sowie des barrierefreien Zugangs zur Filmkultur durch Hörfilmfassungen und Untertitelungen müssen dabei berücksichtigt werden. Denn Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Zugang zur Kultur.

ReferentInnen:

Prof. Dr. Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates

Monika Heinold, Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein